

Dänikon, 2. Juli 2018

KR-Nr. 205/2018

A N F R A G E von Christian Lucek (SVP, Dänikon)
betreffend Verkehrspolizeiliche Schwerpunktaktion - Fahrräder / E-Bikes

In der Zeit vom 28. Mai bis 24. Juni 2018 wurden auf dem Gebiet des Kantons Zürich (ohne die Städte Zürich und Winterthur) eine Schwerpunktaktion zum Thema Fahrräder / E-Bikes durchgeführt.

Dies erfolgte im Rahmen der Präventionskampagne «weniger-senioren-unfälle.ch», an der sich, laut Webseite, neben der Kantonspolizei auch die Polizeikorps aus den Städten Winterthur und Zürich beteiligen.

In ihrer Mitteilung schreibt die Kantonspolizei, dass von 1300 kontrollierten Fahrrädern und E-Bikes 360 technische Mängel aufwiesen und 630 Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenker gegen die Verkehrsregeln verstossen haben und diese zum Teil mit einer Ordnungsbusse belegt wurden. Gegen 80 Personen musste sogar ein Rapport an das jeweilig zuständige Statthalteramt ausgefertigt werden.

In einer Mitteilung des Sicherheitsdepartements der Stadt Zürich wurde am 13.3.2018 unter dem Titel «Mehr Schwerverletzte im Veloverkehr denn je» auf einen neuen Höchststand bei Velounfällen hingewiesen. 110 Personen zogen sich schwere Verletzungen zu und 5 Menschen kamen dabei ums Leben. Dazu im Vergleich die Verkehrsunfallstatistik des Kantons Zürich (VUSTA) inklusive den Städten Zürich und Winterthur: Schwerverletzte Fahrräder / E-Bike: 233 bzw. Unfälle mit Todesfolge 10. Dies belegt, dass sich die Hälfte der schweren Unfälle alleine auf dem Gebiet der Stadt Zürich ereignen.

Aus den erwähnten Fakten wird der Regierungsrat eingeladen, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Aus welchem Grund wurde trotz gemeinsamer Strategie diese Kontrollen ohne die Städte Zürich und Winterthur durchgeführt, obwohl sich alleine auf dem Stadtgebiet der Stadt Zürich rund 50% der schweren und schwersten Unfälle mit Fahrrädern bzw. E-Bikes ereignen?
2. Welche Möglichkeiten sind seitens Kanton vorhanden, um auch die beiden Städte Zürich und Winterthur zu ähnlichen Schwerpunktaktionen zu bewegen?
3. Welches waren schwerpunktmässig die Ursachen, welche zu den 80 Rapporten an die jeweiligen Stadthalterämter führte?
4. Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat aus der im Frühjahr 2015 gestarteten und auf 3 Jahren ausgelegten, oben genannte gemeinsame Kampagne in Bezug auf die stark steigenden Fahrrad / E-Bikeunfälle (vergl. KR-Nr. 81/2017)?

Christian Lucek

205/2018